



Sicherheit und Migration: Ausschuss des Europäischen Parlaments stimmt über Fonds ab

Am 19.02.2019 hat der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten des Europäischen Parlaments (LIBE) die Berichte zu den Fonds für innere Sicherheit (ISF), Asyl, Migration und Integration (AMIF) und integriertes Grenzmanagement (IBMF) angenommen.

Der Bericht von MdEP Monika Hohlmeier (EVP) über die Einrichtung des ISF wurde mit 44 zu 10 Stimmen bestätigt. Die Abgeordneten befürworten ein Budget in Höhe von 2,5 Mrd. Euro für die kommende Haushaltsperiode 2021-2027. Damit wird das Budget des ISF im Vergleich zur vorherigen Haushaltsperiode mehr als verdoppelt. Es soll zur grenzüberschreitenden Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus, Radikalisierung, organisierter Kriminalität sowie Cyberkriminalität genutzt werden. 60% des Fonds werden den Mitgliedstaaten zugeteilt. Die übrigen 40% sollen für unvorhergesehene Ereignisse vorbehalten werden.

Der IBMF soll die Mitgliedstaaten mit einem Budget von 7,1 Mrd. Euro bei der Finanzierung von Grenzschutzmaßnahmen und der Visapolitik unterstützen. Ein Teil der Gelder soll dabei auch während der Haushaltsperiode flexibel verteilt werden können, um eine bedarfsorientierte Unterstützung einzelner Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Der Bericht von MdEP Tanja Fajon (S&D) wurde mit einer deutlichen Mehrheit (41:9 Stimmen) angenommen.

Das Ergebnis der Abstimmung über den AMIF fiel mit 31 zu 23 Stimmen dagegen weniger eindeutig aus. Mithilfe des Fonds soll die legale Migration unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse einzelner Mitgliedstaaten einheitlich geregelt werden. Außerdem soll das vereinbarte Budget, das mit 9,2 Mrd. Euro rund 51% höher ist als im vorherigen Zeitraum, dazu genutzt werden, die Rückführung abgelehnter Asylbewerber sicher und human zu gestalten. Die Europäische Volkspartei (EVP) lehnt den aktuellen Bericht jedoch ab, da Gelder für die Kooperation mit Drittstaaten auf 5% des Gesamtbudgets gedeckelt wurden. So werde die Asyl- und Migrationspolitik weniger effizient, kritisiert der EVP-Sprecher der AMIF-Gruppe, MdEP Jeroen Leeners. Seine Fraktion will für die

Abstimmung im Plenum Änderungen beantragen.

Die drei Fonds sollen einander ergänzen und gemeinsam für die Herausforderungen im Bereich Sicherheit und Migration genutzt werden. Eine Bestätigung der Positionen durch das Plenum des Europäischen Parlaments ist für den 13.03.2019 angesetzt. Danach können die Verhandlungen mit dem Rat beginnen. (RS)

Pressemitteilung des Parlaments vom 19.02.2019:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20190218IPR26999/migration-and-asylum-eu-funds-to-promote-integration-and-protect-borders>